

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Wöchentlich 8 Heller

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verlagsanstalt: Drag 11, Bratislava 18 • Telefon: 26793, 31409, Nachredaktion: (ab 21 Uhr) 33535 • Postamt: 37314

13. Jahrgang.

Dienstag, 12. Dezember 1933

Nr. 290.

## 280:175 für Chautemps' Finanzvorlagen

Paris, 11. Dezember. Nach einer, die ganze Nacht hindurch andauernden Sitzung nahm die Kammer um 5 Uhr morgens sämtliche Finanzvorlagen mit 280 gegen 175 Stimmen an, nachdem die Regierung vorher die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Der umstrittenste Artikel 12, der die Einführung verschiedener direkter und indirekter Abgaben und Steuern anbetrifft, wurde vom Finanzausschuss erheblich abgeändert und schließlich mit 292 gegen 224 Stimmen angenommen, nachdem die Regierung ebenfalls die Vertrauensfrage gestellt hatte. Es werden darin die Abgaben für Betriebsstoffe, alkoholische Getränke usw. erhöht.

Der Mehrheit, welche diesen Anträgen zustimmte und die 105 Stimmen ausmacht, gehören außer den Blum-Sozialisten, sämtliche Linksgruppen an. Von den Mittelparteien stimmten bloß einige Mitglieder, während sich die übrigen der Stimmen enthielten.

## Der Senat will abändern!

Der Senatsausschuss für Finanzen begann mit der Debatte über die Finanzvorlage. Der im Finanzausschuss durchgeführte. Er stellt sich insbesondere gegen die neuen Steuern und will Erspargungen in der Staatsverwaltung und im Budget durchsetzen.

## Aussprache Paris-Berlin

Berlin, 11. Dezember. (Wolff.) Der Reichslanzler empfing heute in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen Freiherrn von Neurath den französischen Botschafter Francois-Poncet. Die Unterhaltung diente der Fortsetzung der am 21. v. M. begonnenen Besprechung über die verschiedenen schwebenden Fragen.

Paris, 11. Dezember. Der Botschafter des Deutschen Reiches Dr. Köster hatte mit dem französischen Außenminister Paul Boncour eine längere Unterredung, in der unter Bezugnahme auf die Aussprache des Reichslanzlers mit dem französischen Botschafter in Berlin sämtliche aktuellen Fragen erörtert wurden.

## Avenol in London

London, 10. Dezember. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, ist zu mehrtägigem Besuch in London eingetroffen. Er erklärte, daß er Besprechungen mit Sir John Simon und mehreren anderen Mitgliedern des Kabinetts haben wird.

## Neuordnung auf dem Balkan?

Am vergangenen Sonntag besuchte das bulgarische Königspaar Belgrad, außerdem stattete der bulgarische Ministerpräsident führenden jugoslawischen Politikern einen Besuch ab.

Der Reise des bulgarischen Königspaares nach Belgrad kommt große Bedeutung zu. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren bisher alles andere denn freundlich. Sie waren nicht nur getrübt durch die mazedonische Frage, sondern auch durch die Intrigen Italiens auf dem Balkan. Den Interessen Italiens war ein mit Jugoslawien, seinem unmittelbaren Gegner, in Unfrieden lebendes Bulgarien durchaus dienlich. Der Königsbesuch aber wird durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen diesen beiden Balkanstaaten beendet werden.

Die Annäherung der beiden Länder kann von großen Folgen für die fernere Balkanpolitik sein.

## Der Mamelucken-Reichstag

Berlin, 11. Dezember. (Wolff.) Morgen tritt der neue Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Aus diesem Anlaß werden in der Reichshauptstadt auf allen Dienstgebäuden die Flaggen gehißt werden. Die Bevölkerung der Reichshauptstadt wird aufgefordert, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschließen. Der Reichstag setzt sich aus einer einzigen Fraktion, der Reichstagsfraktion der NSDAP, zusammen. Es steht fest, daß sich der neue Reichstag nach seiner ersten Sitzung am Dienstag sofort vertagen wird.

Titulescu in Kaschau:

## Revision bedeutet Krieg

Kaschau, 11. Dezember. Sonntag abends traf der rumänische Außenminister Titulescu in Kaschau ein. Der Zweck der Reise war eine Aussprache mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benes, der den Gast auf dem Bahnhof begrüßte.

Im Rahmen der Begrüßungsreden erwähnte Titulescu auch die Revisionsbestrebungen.

Da die Dinge so liegen, sagte er, kann es uns niemand verübeln, wenn ich in meinem und im Namen des Ministers Dr. Benes erkläre: Revision bedeutet Krieg. Ich will nicht den Krieg, aber eben deswegen will ich auch nicht die Revision. Wenn jemand die

## Völkerbundpakt absolut unantastbar

Die heutigen offiziellen Beratungen der beiden Minister umfaßten drei lange Konferenzen, über die ein amtliches Communiqué folgendes berichtet:

Die beiden Minister besprachen eingehend die Ergebnisse der letzten Reise des Ministers Titulescu nach Sofia, Ankara und Athen und tauschten hierüber ihre Meinung in demselben Geiste aus, wie dies bei dem kürzlichen Besuch Titulescus in Belgrad der Fall war. Sie berieten auch die gegenwärtige internationale Lage und die Ereignisse gründlich durch, die nach diesem Besuch eingetreten sind. In demselben Geiste und im Sinne der letzten Beschlüsse des Ständigen Rates der Kleinen Entente wurden die allgemeine Situation, die Abrüstungsfragen und alle mit ihr zusammenhängenden Fragen sowie alle ihre politischen Folgen geprüft.

Außerdem konstatierten die beiden Außenminister in Übereinstimmung mit dem vorher-

gegangenen Beschluß der Kleinen Entente neuerlich die Übereinstimmung ihrer Meinungen über die absolute Unantastbarkeit des Völkerbundespaktes in seiner gegenwärtigen Form, eine Unantastbarkeit, die sowohl gegen eventuelle Änderungen als auch gegen die Bestrebungen, eine diesem Pakte widersprechende Praxis oder Vorgehensweise anzunehmen, zu verteidigen notwendig sein wird.

Revision und den Krieg will, werden wir uns nicht fürchten und stark genug sein, diesen Angriff abzuschlagen.

Auch schon bei der Begrüßung im Grenzbahnhof Cop hatte Titulescu im Hinblick auf die revisionistische Agitation mit dem bekannten „Nein, nein, niemals“ geantwortet und betont, die Kleine Entente wolle den Frieden, aber einen wirklichen Frieden. Nicht ein einziger Quadratzentimeter Bodens der Kleinen Entente werde durch Zurückweichen oder durch Gewalt gewonnen werden. Diejenigen, die den Willen der Kleinen Entente, das ist die Wahrung der Unantastbarkeit der Verträge, nicht achten, bereiten den Krieg vor.

Im Einvernehmen mit Minister Jevtić wurde die nächste Sitzung des Ständigen Rates der Kleinen Entente auf Anfang Jänner des Jahres 1934 festgesetzt. Sie wird in Agram stattfinden.

## Fortgesetzte Nazi-Terrorakte verhindern Aussöhnung mit Dollfuß

Wien, 11. Dezember. Die neuen Terrorakte der Nationalsozialisten in den letzten Tagen haben die Aussichten auf eine Annäherung und eine eventuelle Weiblichsamkeit fast ganz vernichtet.

Nachdem am Samstag die Nationalsozialisten im Dritten Wiener Bezirk eine Telefonzelle durch eine Explosion demoliert hatten, haben sie in der Nacht auf Sonntag im 14. Bezirk zwei öffentliche Sprechstellen in Brand gesteckt, die dadurch teilweise zerstört wurden.

In derselben Nacht wurde im 13. Bezirk zwischen zwei Arbeitsstätten der elektrischen Straßenbahn ein Sprengkörper zur Explosion gebracht, wodurch die beiden Hütten beschädigt wurden.

Sonntag um halb 12 Uhr mittags explodierte in einer auf dem Wiener Westbahnhof befindlichen Leergarnitur in Toilettenraum eines Wagens ein Sprengkörper, wodurch zwei Eisenbahnbedienstete leicht verletzt wurden. Im Wagen wurden mehrere Fenster Scheiben zertrümmert und sonstiger Schaden angerichtet.

Sonntag nachts wurde im Rathaus in Dornbirn ein Sprengstoffanschlag verübt, wodurch die Kassenträume schwer beschädigt wurden. In Lustenau wurde gestern nachts gegen die Wohnung eines dortigen Gemeindeführers ein Sprengstoffanschlag verübt, durch den die Türschiebe und die Lichtleitung zerstört wurden.

Vorgestern nachts wurde gegen das Anwesen des christlichsozialen Landtagsabgeordneten und Bürgermeisters Josef Ganglberger in Stumpfen ein Bombenanschlag verübt. Die Bombe, die sich im Gartenraum befand, fiel zu Boden und explodierte. Die Mauern wurden stark beschädigt, die Fensterscheiben zertrümmert und die Türen eingedrückt.

Von halboffizieller Stelle, der Politischen Korrespondenz, wird aus diesen Ereignissen der Schluss gezogen, daß die nationalsozialistische Propagandätätigkeit sich nach wie vor sich außerhalb der Gesetze stelle und daß gegenüber diesen Elementen Rücksicht und Rücksichtnahme nicht am Platze sei.

Es ist daher noch heute die Abgabe einer großen Anzahl von nationalsozialistischen Parteianhängern nach Wöllersdorf verfügt worden.

## Nazi-Prinz flüchtet über die Grenze

Klagenfurt, 10. Dezember. Wie die Politische Korrespondenz erfährt, ist Prinz Bernhard von Sachsen-Meinungen mit seiner Gattin von seinem Schloß Bichelsteden, das ihm nach der Verbüßung einer sechsmonatigen Arreststrafe, die er wegen nationalsozialistischer Propagandatätigkeit erhielt, als Anhaltort zugewiesen worden war, auf Schleichwegen über die italienische Grenze geflüchtet. Er war nach der Verbüßung seiner Strafe für das Konzentrationslager Wöllersdorf bestimmt, doch wurde ihm auf Grund von Interventionen der deutschen Gesandtschaft zweimal zur Regelung seiner Privatangelegenheiten Auszug gewährt, den er mißbraucht, um seine Flucht vorzubereiten.

Der verantwortliche Leiter des Polizeikommissariats in Klagenfurt wurde von seinem Amte entbunden.

## Das neueste Kampfmittel:

Radiolautsprecher an der Grenze.

Salzburg, 11. Dezember. Während des gestrigen Sonntages war bei Dürnberg auf bayrischem Boden ein Riesenlautsprecher in Tätigkeit. Es wurden Reden gegen Österreich und Lieber gesendet. Die Nationalsozialisten kündigten an, auch an anderen Grenzorten ähnliche Riesenlautsprecher aufzustellen.

## Die Krise des Völkerbundes

Von Peter Garwy

Die Welt befindet sich in Auflösung. Die furchtbare Krise hat die weltwirtschaftlichen Beziehungen gelockert. Der Wirtschaftsnationalismus feiert seine Orgien. Der Rückgang und die Zerrüttung der Weltwirtschaft veranlaßten das Auslösen des kriegerischen Nationalismus. Der Siegeszug des Faschismus in Mitteleuropa hat diese verhängnisvolle Entwicklung noch beschleunigt und zugeführt. Die betonte Friedfertigkeit der faschistischen Diktaturen ist lauter Heuchelei. Sie ist nur ein Deckmantel für ihre Rebande- oder Expansionspläne.

Die Welt befindet sich in Auflösung. Das Gefühl der Instabilität und der Unsicherheit verfehlt die Völker immer mehr in eine Panikstimmung, die an sich eine Kriegsgefahr bedeutet. Das Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz entfesselte erst recht den Handels- und Währungskrieg aller gegen alle. Das klägliche Fiasko der Abrüstungskonferenz hat das geheime Wettstreiten zum offenen gemacht. Die Außen- wie die innere Politik der Mächte steht im Zeichen der Vorbereitung zum Krieg. Ein neuer Weltkrieg ist im Anzug. Die Welt befindet sich in Auflösung. Auf einmal wurden die Imperialisten und Militaristen aller Großmächte vertragsmüde. Sogar England stellt den „ewigen“ Lokarnopakt unter das Fragezeichen. Es ist aber kein Zufall, daß gerade die militaristischen und faschistischen Staaten die Auflösung aller internationalen Bindungen u. Verpflichtungen aufstreben. Daher ihr Haß gegen den Völkerbund. Trotz seiner Schwäche, die im japanisch-chinesischen Konflikt besonders klar zum Vorschein kam, bleibt der Völkerbund ein Dammstich für die krieglustigen Mächte.

Die Sprengung des Völkerbundes wird auf die Tagesordnung gestellt. Natürlich wurde der Reigen durch Japan eröffnet. Trotz dem schmählichen Zaudern und Entgegenkommen Japans gegenüber konnte der Völkerbund nicht umhin, Japan als Angreifer zu bezeichnen und manche, wenn auch nicht genügende Maßnahmen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität Chinas zu empfehlen. Japan hat sofort mit dem Austritt aus dem Völkerbund geantwortet, um freie Hände im Fernen Osten zu bekommen. Dabei kümmert sich die Militärligue, die in Japan die Oberhand inzwischen gewinnt, von der Erfüllung ihrer Verpflichtungen dem Völkerbunde gegenüber im jahungsmäßigen zweijährigen Kündigungsfrist gar nicht. Sie pfeift einfach auf den ohnmächtigen Völkerbund!

Nach Japan — Hitler — Deutschland. In diesem Fall ist der demonstrative Austritt aus dem Völkerbunde als Druckmittel zur Verwirklichung der Gleichberechtigung und zur „friedlichen Revision“ des Versailler Vertrages hingestellt. Aber dies alles ist nur eine ungeschickte Tarnung. Auch hier handelt es sich in der Hauptsache um die Gewinnung der freien Hände zur offenen Aufrüstung und Vorbereitung zum Rebandekrieg.

Nun kommt das faschistische Italien an die Reihe. Auch Italien ist völkerbunds-müde geworden. Aber die Politik des italienischen Faschismus dem Völkerbunde gegenüber ist weniger gradlinig und konsequent infolge der Zwischenstellung Italiens: es gehört zwar zu den Siegermächten, aber fühlt sich bei der Verteilung der Kriegsbeute benachteiligt und enttäuscht. Daher das Doppelspiel, zum Grundsatze der Außenpolitik Italiens erhoben. Daher die Initiatorrolle in der Bildung des revisionistischen Staatenbunds bei gleichzeitigen Bemühen, eine Vermittlerrolle zwischen den Siegermächten und den Besiegten zu spielen. Daher die Exprespresspolitik diesen wie jenen gegenüber. Mussolini verschmäht zwar

offen den Völkern. Aber er zögert, den Austritt aus dem Völkerbund zu vollziehen. Er zieht es vor, die Reform des Völkerbundes zu predigen, die praktisch in seiner Abschaffung mündet. Dabei versteckt sich der Duce hinter dem großen Faschistenrat, der am 6. Dezember eine Entschliessung fasste, die eine „radikale Reform“ des Völkerbundes, seiner Satzungen, seiner Ziele und Funktionen zur Bedingung des weiteren Verbleibens Italiens im Völkerbunde macht.

Die faschistische „Reform“ des Völkerbundes scheint in der Bildung einer „Hierarchie der Staaten“, in der Umbildung des Völkerbundes in eine Art Direktorium der Großmächte und in der Auflösung der bindenden Beschlüsse des Völkerbundes durch „Empfehlungen“, die bloß eine moralische Kraft haben sollten, zu bestehen. Diese getarnte Ausschöpfung auch der bescheidenen Ansätze eines demokratischen Gemeinweins der Völker ist demagogisch mit der Forderung der Fortsetzung des Völkerbundes vom Versailler Vertrag etwas geschminkt. Vergebens — das Doppelspiel des italienischen Faschismus, der in Arbeitsgemeinschaft mit dem deutschen Nationalsozialismus die Sprengung des Völkerbundes vorbereitet, wird leicht durchschaut.

Die proletarische Öffentlichkeit, die sonst dem Völkerbund in der Regel mißtrauisch und kritisch gegenübersteht, wird durch den faschistischen „Reformismus“ auch radikalster Art nicht irreführt. Auch die sozialistische Internationale fordert von jeher die Reform des Völkerbundes, aber in der entgegengesetzten Richtung, nämlich in der Richtung der Demokratisierung des Völkerbundes, der Ausdehnung seiner überstaatlichen Funktionen und Vollmachten, des Abbaues seiner Tätigkeit und Institutionen auf dem Gebiet des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens, — kurz die Verwandlung des Regierungsbundes in einen wirklichen Völkerbund. Mit der vom Faschismus verkündeten Reform hat die Einstellung der Arbeiterinternationalen nichts gemein.

Die Illusionen, die in manchen Kreisen des internationalen Sozialismus mit dem Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt verbunden waren, sind längst verflüchtigt. Aber unter den gegebenen Umständen ein Völkerbundsnihilismus wäre ebenso nicht am Platze wie ein Völkerbundsfretinismus. Ein Bund sozialistischer Gemeinwesen ist freilich unser Endziel. Aber auch Genosse Brailford, der in der Wiener „Arbeiterzeitung“ für dieses hohe, aber weite Ziel auftritt, spricht für die Zwischenzeit von einer „Föderation sozialistischer Staaten innerhalb eines neuen (rekonstruierten) Völkerbundes“. Um diese Rekonstruktion, die auch den Beitritt der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ermöglichen und die Verwandlung des Völkerbundes aus einem Hüter des Versailler Friedens in eine allumfassende Friedensorganisation herbeiführen wird, handelt es sich in der Uebergangsperiode.

Der Weltfaschismus unterminiert die einzige, wenn auch unzulängliche Friedensorga-

nisation. Es gilt diesen Anschlag abzuwehren. Es gilt gegen die weitere Entmachtung des Völkerbundes, gegen die Zurückdrängung der Mittel- und Kleinmächte, gegen die Ausschöpfung der Senfer Institution und ihre Ablösung durch ein Direktorium der Großmächte zu kämpfen. Vergessen wir nicht: der Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt ist ein Zwischending. Er ist als Versicherungsgesellschaft der Siegermächte gedacht und ausgebaut.

Aber gleichzeitig ist er als erzwungene Konzeption an die durch den Weltkrieg aufgewühlten Völker ins Leben gerufen worden. Nicht die Schwäche, nicht die Unzulänglichkeiten, nicht die Fehler des Völkerbundes gegen die faschistische Offensive sind zu verteidigen, sondern die wenn auch sehr bescheidenen Ansätze einer überstaatlichen Friedensorganisation, der Keim einer kommenden Weltgemeinschaft der Völker.

# Wasch' mir den Pelz...

## Minister Franke über den Rundfunk — Manch' kluges Wort, aber keine Rede vom deutschen Sender!

Prag, 10. Dezember. Der tschechoslowakische Rundfunk beging heute in seinem neuen Gebäude in der Podhová třída in Prag XII. die Feier seines zehnjährigen Bestandes.

In seiner auf allen tschechoslowakischen Sendern verbreiteten Rundfunkansprache erklärte der Minister u. a.:

„Wir haben heute eine Reihe moderner Sendestationen und wollen das Netz des tschl. Rundfunks durch die Errichtung einer weiteren Sendestation auf dem Gebiete ergänzen, w o dies am meisten (?) notwendig ist und wo wir hiezu eine ganz besondere Verpflichtung haben, nämlich in der mittleren Slowakei.“

Die Möglichsteiten, die der Rundfunk bietet, überstiegen weit die ursprünglichen Aufgaben des Rundfunks und gestalten ihn zu einem Instrument des öffentlichen Dienstes um, wie es bisher nicht existierte, zu einem Faktor, der direkt mit elementarer Kraft in weitesten Kreisen auf eine Aenderung des Lebens des Einzelnen und der menschlichen Gesellschaft wirkt. Den durch das Rundfunkhören beeinflussten neuen Menschen müssen wir, sagte der Minister, für die Unterstützung und die Wahrung der Staatsinteressen gewinnen, wir müssen ihn dorthin führen, wo ihn der Staat haben will.

Dieses Einwirken auf den Einzelnen in der angeedeuteten Richtung muß in allen Bevölkerungsschichten dieses Staates, ohne Unterschied der politischen und religiösen Überzeugung, ohne Unterschied der Sprache durchgeführt werden. Der Staat muß verlangen, daß alle seine Bürger von dem einzigen grundlegenden Gedanken der Treue zum Staate geleitet werden und daß die Frage der staatlichen Sicherheit und der inneren Stärkung der staatlichen Entwicklung beginnt. Deshalb müssen alle Teile der Bevölkerung, bennach auch die anderssprachigen Angehörigen dieses Staates, zur Mitwirkung aufgefordert werden und deshalb muß der Rundfunk dafür sorgen, daß auch unsere deutschen und ungarischen Mitbürger informiert und ähnlich geleitet werden, wie jeder tschechische und slowakische Hörer, damit auch ihnen aus ungetrübter Quelle die Erkenntnis zuteil werde. Es wäre sicherlich nicht im Interesse des Staates, wenn wir unsere deutschen und ungarischen Sendestationen aufweisen, im Gegenteil ist es ein Gebot der staatlichen Politik und der demokratischen Gleichheit, daß diese unsere Mitbürger an das Hören der heimischen Stationen angegliedert werden. Diese seine Aufgabe hat unser Rundfunk sehr bald begriffen und einige Teile seines Programmes den deutschen und unga-

rischen Hörern vorbehalten. Der Rundfunk muß aber auch zur Informierung des Auslands und der ausländischen Hörer bemüht werden. Der Rundfunk darf sich nicht in die Dienste internationaler Angriffe begeben, da dies eine Kompromittierung des so hochwertigen Mittels zur internationalen Verständigung bedeuten würde; der Rundfunk ist aber eine mächtige Schutzwaaffe gegen alle tendenziösen Angriffe und unrichtigen Informationen, die bestrebt sind, im Auslande die verdienstvolle Arbeit herabzusetzen, die unser Staat geleistet hat. Bei dieser Auslandspropaganda unseres Staates

## Merkwürdige Handhabung der Zensur Genosse Rejzl über die Verhältnisse im Grenzgebiet

Prag, 11. Dezember. Der Budgetausschuß des Senats befaßte sich heute mit dem Kapitel Justiz, wobei u. a. Genosse Rejzl sich mit der manchmal recht merkwürdigen Handhabung der Zensur durch die politischen Bezirksbehörden befaßte.

Genosse Rejzl knüpfte an die Bemerkung des Referenten, daß sich die Zahl der Konfiskationen nicht vermehrt hat, sondern zurückgegangen ist. Er zweifelt nicht an der Richtigkeit dieser Behauptung, aber

er glaubt, daß es in den letzten Monaten für den Staat, für die Ruhe und Ordnung in ihm und für die Demokratie viel besser gewesen wäre, wenn die Zensur ein wenig aufmerksamer gehandelt hätte. Speziell an der Grenze kommen auf dem Gebiet des Zeitungswesens Dinge vor, die alle Grenzen übersteigen.

Es richten sich die Angriffe nicht nur gegen uns Sozialisten, sondern es werden auch lächerliche Angriffe gegen den Parlamentarismus und die Demokratie gerichtet. Diesen Angriffen gegenüber zeigt die Zensur eine unverständliche Weisheitslosigkeit.

Die Blätter sind in ihrer Schreibweise nicht anders, sondern nur etwas vorsichtiger geworden.

Es ist natürlich, daß sich angesichts dieser Gutmütigkeit der Zensur unter der Arbeiterenschaft große Empörung und Unruhe bemerkbar gemacht hat, um so mehr, als unsere Arbeiter im Grenzgebiet alle Verdächtigungen und Lügen, die aus Deutschland herüberkommen, über sich ergehen lassen müssen. Diese lächerlichen Angriffe werden nicht nur von der gegenwärtigen Presse abgedruckt, sondern diese Blätter geben noch ihren ebenso verlogenen und hagerischen Kommentar dazu.

**Der Vertrauensmann**  
 Herausg. von  
**Tribüne**  
 Monatschrift für Arbeiterpolitik und Arbeiterkultur.  
 Die „Tribüne“ unterrichtet den sozialistischen Vertrauensmann über die aktuellen Probleme des internationalen Sozialismus, der Ökonomie und der Kulturpolitik.  
 Jahresbezug 40 Kč, vierteljährlich 10 Kč, Einzelhefte 4 Kč.  
 Bestellungen durch den Vertrauensmann, die Schriftensstellungen, Volksbuchhandlung oder direkt durch die Verwaltung in Prag II., Nekaranka 14.

müssen die Weltsprachen angewendet und muß durch objektive Berichterstattung, durch die Konstatierung der tatsächlichen Verhältnisse und der Wahrheit auf die uns feindlichen unrichtigen Behauptungen der ausländischen Propaganda reagiert werden. Der Rundfunk soll auch die breiteste und bedeutungsvollste Tribüne der Konföderation der Republik, d. i. der höchsten Repräsentanten der staatlichen Verwaltung werden. Ihr Wort kann am besten eine Reihe von Zeitfragen und Problemen beleuchten, die das rechte Interesse der Öffentlichkeit erwecken, und sie können auch Beruhigung dorthin tragen, wo dies vielleicht notwendig ist. Diese politische Propaganda wird immer von dem Gesichtspunkt der Staatspolitik und vom gesamtstaatlichen Standpunkt ausgehen, da unser Rundfunk seinem bewährten Weg der politischen Unparteilichkeit treu bleiben und jeder politischen Parteilichkeit ausweichen wird.“

Bei dem Versuche, der Sache auf den Grund zu kommen, ist mir — erklärte Genosse Rejzl weiter — gesagt worden, daß die politischen Behörden nicht sicher sind, ob die Kreisgerichte die Konfiskationen auch bestätigen werden. Ich weiß nicht, wie das ausfallen wird. Vielleicht liegt der Grund darin, daß diese unparteilich sein sollenden Behörden auch schon von dieser Krankheit betroffen sind, daß sie glauben, solchen Dingen, die da vorgehen, zustimmen zu müssen. Ich würde wünschen, daß die Justizbehörden ein wenig objektiv diese Dinge beurteilen würden.

Wenn man der Arbeiterklasse in dieser Beziehung nicht den notwendigen Schutz gibt, so darf man sich schließlich nicht wundern, wenn es einmal zu Uebergriffen kommt, die bedauerlich und nicht berechtigt, aber auf das Konto der großen Empörung der Arbeiter zurückzuführen sind.

Am Schluß der Sitzung beantwortete Justizminister Dr. Meißner verschiedene in der Debatte gestellte Anfragen.

Prager deutsche Stadtvertreter stimmen zum erstenmal für das Budget. In der Zentralvertretung der Stadt Prag begann gestern die Debatte über das Budget für das Jahre 1934, welches Ausgaben im Betrag von 534 Millionen Kč vorsieht. Von deutschen Rednern sprachen Genosse Dr. Schwelb und der deutschliberale Stadtrat Wiesmayer, die beide erklärten, für das Budget zu stimmen. Es ist dies das erstmalig, daß deutsche Gemeindevertreter für das Budget der Stadt ihr Votum abgeben. Genosse Dr. Schwelb begründete seinen Standpunkt in einer großen politischen Rede, die er mit dem Bekenntnis zur engsten Zusammenarbeit mit der tschechischen Sozialdemokratie schloß: Das Vertrauen, das die deutschen Sozialdemokraten zu ihren tschechischen Genossen, welche an verantwortlichen Stellen der Gemeindeverwaltung wirken, haben, ist der Hauptgrund dafür, daß der deutsche sozialdemokratische Vertreter für das Budget der Stadt Prag stimmt.

Nr. 33

# Der Puppenspieler

Roman von Felix Fehenbach

„Das ist auch mit so einfach. Mußt nämlich icho ganz früh fahren, sonst kommst am gleichen Tag nit zurück.“

„Franz, du weißt dir doch sonst immer zu helfen. Streng dein Grips halt emal e bißle für bei Schwesterle an. Ja?“

Statt einer Antwort fing Franz in heiter-spöttischer Art an zu singen:

Es waren zwei KönigsKinder,  
 Die hatten einander so lieb;  
 Sie konnten zusammen nicht kommen,  
 Das Wasser war viel zu tief. . .

Gretl lachte vergnügt, wenn sie auch nicht hindern konnte, daß sie dabei rot wurde. Aber sie lachte ihren Bruder Spottvogel und seine Freude an harmlosen Redereien. Und sie verstand auch einen Spaß.

„Du hast natürlich schon längst das Ei des Kolumbus gefunden und läßt mich nur noch e bißle zappeln, weil dir das Vergnügen macht. Jetzt lag nur gleich, wie du die Brücke über das tiefe Wasser bauen willst.“

„Dein Vertrauen zu mir is ja recht groß, Gretl. Aber 's Brückenbauen hab ich nit gelernt. Ich bin nur e ganz simpler Teig-Athlet.“

„Geh, Franz, spann mich doch nit so auf die Folter! Soags halt!“

„Wenn das Schwesterlein recht schön Bitte-Bitte macht.“

„Bitte-Bitte!“ rief Gretl, und dabei schlug sie scherzhaft nach Art kleiner Kinder die flachen Hände gegeneinander.

„Schön kann's Kindchen Bitte-Bitte machen“, lachte Franz ausgelassen.

„Jetzt mußt mir aber endlich auch lügen, ob du mir helfen kannst, daß ich nach Rothenburg komm.“

„Na, schön: Ich tu dir hiermit kund und zu wissen, daß die ehr- und tugendfame Jungfrau Margarethe Dein am kommenden Sonntag nach Rothenburg fahren wird.“

„Aber wie?“

„Mit der Bahn natürlich, du Schälle!“

„Das kann ich mir denken, Franz. Der Zoppelin verkehrt ja noch nit nach Rothenburg. Aber, wie du's anstellst, daß mich der Vatter fortläßt, und daß er nit merkt vom Hans und so, das halt noch nit g'lagt.“

„Warst schon emal in der Kasperlbude, wenn der Hans abends den 'Hansl' g'spielt hat?“

„Ja, warum denn?“

„So, wie der Faust mit'm Kasperl nach Parma g'flogen is, so mach ich's mit dir. Ich breit meinen Zauberemantel aus und werd dich durch die Luft nach Rothenburg entführen. Quuuuu.“

Franz erfüllte die Stube mit seinem fröhlichsten Lachen, und draußen war er auch schon. Aber Gretl mußte, Franz hat schon seinen Plan gemacht. Er wollte sie nur überreden.

Beim Mittagessen am nächsten Tag fing Franz davon an, daß er überhaupt noch nie aus Würzburg herausgekommen wäre. Bestimmt habe er im Generalanzeiger was von Rothenburg gelesen, das solle ein wunderwunders altes Städtle sein. So schön sei es geschildert gewesen, daß er richtig Lust bekommen hätte, es einmal zu sehen.

„Da is nit weit hin, Franz“, ließ sich Vatter sein vernehmen. „Wenn dir's emal antichau'n willst, kannst an einem Sonntag leicht rüberlaufen.“

Gretl horchte auf.

„So allein in einem fremden Ort“, gab Franz zurück, „das is auch nit. Wenn ich Wess-

schaft hätt, wä ich gleich am nächsten Sonntag hinfahren.“

Die Mutter meinte, wenn sich gar keine andere Gesellschaft finde, könne Franz ja auch einmal mit seiner Schwester zusammen einen Sonntag verbringen. Die Gretl läme so nicht viel fort.

Franz hatte gleich ein:

„Die Gretl? Die hab ich icho g'fragt, die will ja nit. Die host lieber daheim.“

Jetzt sprach der Vatter ein Nachwort, dessen Widerspruchgeist durch die angebliche Weigerung Gretls herausgefordert war:

„Du fährst mit, Gretl! Da wird kurze fünfzehn gemacht!“

Gretl war dem Gespräch mit Herzklöpfen gefolgt. Als Franz sagte, sie habe ihm schon eine Abgabe erteilt, war sie leicht zusammengequert. Jetzt erklärte sie auf die kategorische Forderung des Vaters:

„Deshwegen soll's kein Streit geben. Dann fahr ich halt mit.“

Vor Freude bekam sie einen roten Kopf. Vatter Hein deutete dieses Rotwerden natürlich anders. Unterm Tisch drückte Gretl dem Franz, der neben ihr saß, herzlich die Hand.

Der Vatter war damit einverstanden, daß Franz Samstag nachts nicht in die Badstube gehe. Er sollte sich ausschlafen und mit der Gretl am Sonntag mit dem ersten Zug nach Rothenburg fahren.

Lene Cornelius war am Freitag vormittag nach Rittingen gefahren. Die Tante Regina, bei der die Mutter Aufnahme gefunden hatte, war Mutter's ältere Schwester. Ihr Mann war vor Jahren gestorben, und sie führte einen kleinen Kramladen. Ihre beiden Töchter waren schon seit ein paar Jahren verheiratet, die eine in Ochsenfurt, die andere in Marktbreit. So war es still und einsam bei ihr geworden. Sie freute sich deshalb immer, wenn sie Besuch im Hause hatte,

und mit ihrer Schwester Anna Cornelius stand sie sich besonders gut.

Lene wurde von der Tante herzlich aufgenommen und gleich zur Mutter ins Schlafzimmer geführt.

„Die Lene is da, Anna, und am Sonntag kommt die Mutter auch.“

Frau Anna Cornelius lag im Bett. Sie mußte sich vor allem gut warm halten.

„Wie geht's denn, Mutter? Ich wollt mich erst nach dir umschau'n, eh ich nach Rothenburg fahr.“

„Das wär nit nötig gewesen, Lene. Aber freu'n tut's mich doch, daß d' kommen bist. Abermatismus hab ich halt wieder. Aber diesmal, glaub ich, hal's mich arg. Wird wohl e ganze zeitlang dauern, eh ich wieder rumverkehl kann.“

Lene blieb den ganzen Tag bei der Mutter. Aber die Tante war immer nur für ein paar Augenblicke aus dem Zimmer wenn sie im Laden zu tun hatte. Dann kam sie gleich wieder, so daß Lene nicht dazu kam, ungehört mit der Mutter zu sprechen. Da lagte sie schlieflich, sie möchte heute nacht im Zimmer bei der Mutter schlafen. Das ließ sich leicht einrichten, es standen ja zwei Betten nebeneinander im Zimmer. Als sie dann abends allein waren, fing Lene mit ihrer Sache an:

„Mutter, ich hab arge Sorgen. . .“

„Du? No, was kann denn das schon sein? So e lings Ding und Sorgen!“

„Es is aber doch so, Mutter. Mit dem Tanzkurs is es angegangen. Da hab ich einen Herrn kennen gelernt mit dem bin ich gegangen. . .“

Und dann erzählte sie, wie alles gekommen war und daß sie jetzt schwanger wäre und der Rudolph Groß sie nicht heiraten wolle. Wie sie Angst hätte vor dem Vatter, und daß sie schon fast in den Main gesprungen wäre vor lauter Verzweiflung.

(Fortsetzung folgt.)

### Konsumentenbeirat vor der Verwirklichung

Wie das „Právo Lidu“ mitteilt, soll bereits in den nächsten Tagen die Ernennung des Beirates für Verbrauchergewerkschaften beim Fürsorgeministerium erfolgen. Die Aufgabe des Beirates besteht darin, Konsumentenfragen zu verfolgen, namentlich Produktion und Distribution von Gegenständen des täglichen Bedarfs, zu einer besseren Organisation der Konsumenten beizutragen und so die wirtschaftliche Bedeutung des Konsums angemessen zur Geltung zu bringen. Ferner soll der Beirat dem Fürsorgeministerium eventuell auch anderen Zentralämtern Anträge und Gutachten in Sachen des Konsumentenschutzes sowie auch in Kartellfragen vom Standpunkt des Konsums erstatten.

Zur Behandlung spezieller Fragen können auch besondere Ausschüsse eingesetzt werden. Für die Behandlung dringender Angelegenheiten und für den ständigen Verkehr mit der Behörde wird ein engerer Ausschuss eingesetzt, dessen Mitglieder ebenfalls der Minister ernannt. Die Tätigkeit des Beirates wird dem Fürsorgeministerium angeschlossen. Außerdem bereitet das Ministerium die Errichtung von Landeskonsumentenbeiräten nach dem Muster des tschechischen Landeswirtschaftsrates vor.

Mit der Errichtung des Beirates wird die Grundlage für eine bessere Geltendmachung des Konsumentenstandpunktes in der offiziellen Wirtschaftspolitik gelegt.

### Dr. Beneš über seine slowakische Reise

Vor der Koschauer Zusammenkunft hatte Dr. Beneš eine längere Versammlungstournee durch die größeren slowakischen Städte unternommen, über deren Ergebnis er heute u. a. erklärte: Ich sah die Slowakei moralisch und politisch so reif und im Geiste der tschechoslowakischen Einheit so geeint, daß ich wirklich selbst überrascht war. Ich sah sie vom Gesichtspunkt der Außenpolitik so entschieden für unsere ganze Regierung und für die Einheitslichkeit der Republik, so selbstbestimmt, daß ich es allen denen zu sehen wünschte, die im Ausland darüber dumme Fabeln oder tendenziöse Unwahrheiten verbreiten.

### Schwerhörige Nennen

Die deutschbürgerliche Presse wird nicht müde, den „Nachweis“ zu führen, daß die „sozialdemokratische Partei“ gegen das neue Deutschland nicht im Interesse des Deutschlands liege, da sie geeignet sei, die Brüden, die zwischen Deutschen und Tschechen schon geschlagen sind, wieder einzurichten. Ein Artikel, der dies alles Ernstes behauptet, machte seine Runde aus der Halbmonatsschrift „Der Aufbruch“ insbesondere durch die Blätter der deutschen Landwirte.

Nach dieser „Beweisführung“ haben die Tschechen keine größere Scheu, als sich mit Hitler und seinen jüdischen Nachbarn anzufreunden. Die deutschbürgerlichen Journalisten, die solche Artikel schreiben, scheinen wirklich der Ansicht zu sein, daß Hitler jenen Teil des Deutschlands repräsentiert, mit dem für die anderen Völker am besten Rücksicht zu sein — und sie sind natürlich auch der Überzeugung, daß die Tschechen an dem Erkennen des Vorteils, der ihnen aus der Verehrung Hitlers erwächst, nur durch die bösen Sozialdemokraten verhindert werden.

Wir haben freilich schon mehr als ein dutzendmal den tieferen Sinn unseres Kampfes gegen Hitlerdeutschland aufgezeigt: es ist ein Kampf gegen die Banditen, die die Kultur des deutschen Volkes vernichten, die — mit Hilfe der Konzentrationslager, der Folterungen, der Erstickungen „auf der Flucht“ und des empörendsten Gestanksterrors — Schmach und Schande über Deutschland gebracht, die dem deutschen Volk den Ruf verschafft haben, ein Volk von Barbaren zu sein. Wir kämpfen gegen Hitler — für das deutsche Volk, für das wahre Deutschland. Und alle, die diesen Kampf bedauern — unter der scheinheiligen Ausrede, daß er Brüden zerstöre, die es zwischen Kulturen und Nationen und Hitlerdeutschland nie geben kann — sind den Barbaren zuzuzählen.

Ginge es der bürgerlichen Journalistik wirklich um die Wahrung des deutschen Ansehens, so müßte sie die Errungenheiten der Nation schützen, die ihr dies Ansehen verschaffen: sie müßte also die Vernichtung der Hitlerherrschaft wollen. Da aber Hitler die Zerstörung der sozialistischen Kampforganisationen, da er die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft bedeutet, nehmen diese um die „nationale Verständigung“ so plötzlich besorgten bürgerlichen Zeitungsreiber die Vernichtung der deutschen Kultur gerne in Kauf. Sie möchten sich mit dem „nationalen Erbfeind“ für dessen Entmachtung sie sich noch vor wenigen Tagen die Finger wund geschrieben, auf dem Rücken der Arbeiterklasse und auf den Trümmern alles dessen, was der Welt an dem deutschen Volk groß und achtunggebietend erschien, gerne einigen. Daß wir sie daran hindern — das ist die Erklärung für ihre Wut.

Hitler ist die Verständigung? Er ist es genau so wenig, wie die Haltung der bürgerlichen Journalistik deutsch ist. Sie ist hunnisch. Vor Sonnen zieht man nicht den Hut, man pudt vor ihnen aus. Aber man soll sich darauf nicht beschränken.

## Unruhen in Spanien dauern an

### Anarchisten-Parole zum Eisenbahnerstreik

Paris, 11. Dezember. Die aus Spanien vorliegenden Habermeldungen besagen, daß zwar nicht alle Unruheherde neutralisiert seien, doch aber auch die Aufständischen keine entscheidenden Erfolge aufzuweisen haben. Die Bombenanschläge in zahlreichen Städten gehen weiter; auch ein zweiter Anschlag auf einen Schnellzug bei Valencia ist zu verzeichnen, der neun Todesopfer kostete.

In Granada haben die Extremisten außer Kirchen und Klöstern auch den Justizpalast in Brand gesteckt. Infolge eines Sabotageaktes im Elektrizitätswerk lag die ganze Stadt gestern abends in Dunkelheit, wobei an zahlreichen Stellen der Stadt Schüsse fielen.

In Coruna wurde der Generalstreik verkündet. Die Stadt lag gestern abends im Dunkeln. In Vittoria, Valencia und in zahlreichen anderen kleineren Städten explodierten Bomben und entzündeten sich Feuergefechte. Die Zahl der Toten und Verletzten ist noch nicht festgestellt.

In Saragossa fanden während des ganzen gestrigen Tages zwischen den Aufständischen und der Polizei Feuergefechte statt, bei denen acht Personen ums Leben gekommen sein sollen. 200 Verhaftungen wurden vorgenommen.

In dem Dorfe Villas bei Valencia flag ein mit Sprengkörpern beladener Kraftwagen aus bisher noch unbekannter Ursache in die Luft. Dabei sollen 16 Personen ihr Leben eingebüßt haben.

In zahlreichen Städten und Gemeinden bildeten sich katholische und radikale Abwehrmilizien, die zusammen mit der Polizei die wichtigsten Zentren, die Kirchen, Klöster u. ä. schützen.

In Gijon explodierten im Laufe des gestrigen Sonntag elf Bomben. Hierbei wurde eine Person getötet und zahlreiche andere schwer oder leicht verletzt.

Aus San Sebastian wird ein Aufstand in der Stadt sowie mehrere Schießereien gemeldet. Dort selbst hat jedoch die Polizei und das Militär die Oberhand erhalten.

Kost überall besteht die Taktik der Demonstrationen darin, Polizei durch kleinere Sabotageakte zu ermüden.

Die syndikalistischen Anarchisten haben gestern abends in den Straßen von Madrid Flugzettel verteilen lassen, durch die sämtliche Arbeiter aufgefordert wurden, heute in ganz Spanien den Generalstreik zu erklären, um die Bewegung gegen die Reaktion und den Faschismus zu unterstützen. Die Streikparole ist jedoch nur teilweise befolgt worden. Die sozialistischen Gewerkschaften haben ihre Mitglieder von der Teilnahme ferngehalten.

Erster scheint der Beschluß der Eisenbahner zu sein, die Arbeit einzustellen, dem in vielen Fällen Folge geleistet wurde. Die Eisen-

bahnstrecken werden von Militär scharf bewacht. Die technisch ausgebildeten Armee- und Marineangehörigen sollen als Nothilfe eingesetzt werden.

Der Eisenbahnerstreik leidet unter den Teilstreiks empfindlich und die Züge haben durchwegs große Verspätungen. Die Züge fahren überhaupt sehr vorsichtig, da man befürchtet, daß auf den Geleisen Bomben gelegt sind.

Der Ministerrat hat mit Rücksicht auf die Lage u. a. jede Versammlung strengstens verboten. Das Betreten der Eisenbahngeleise wird geahndet. Jede im Besitz von Explosionswaffen angetroffene Person fällt unter die Befehle des Marmajlandes.

Der Innenminister führte bei einem Presseempfang aus, daß die revolutionäre Bewegung als endgültig unterdrückt angesehen werden könne. Die Säuberungsalaktion in der verschiedenen Provinzen werde fortgesetzt.

Beunruhigung ruhen noch immer die Nachrichten aus der Provinz Teruel hervor, wo es zu verschiedenen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht gekommen ist und die Extremisten sich in mehreren Dörfern behaupten.

In Barcelona wie überhaupt von Katalonien herrscht, von einigen Sabotageakten abgesehen, Ruhe.

### Meuternde Garnison muß sich ergeben.

Das Innenministerium gibt bekannt, daß ein Teil der Garnison von Villanueva de la Jirerna (Provinz Badajoz) meutert. Aus Badajoz sind Truppen zur Unterdrückung der Aufständischenbewegung abgegangen. Die Zivilgarde von Villanueva hatte die Aufständischen aufgefordert, sich zu ergeben, aber diese eröffneten das Feuer. Nach heftigem Feuergefecht ergaben sich die Meuterer.

### Neues Zugsattentat

#### Neun Tote und viele Verletzte

Madrid, 11. Dezember. Nach den Samstagvormittag auf den Schnellzug Bilbao-Saragossa ein Anschlag verübt worden war, ist im Laufe des Samstag auch noch der Expreszug Sevilla-Barcelona bei Valencia entgleist. Die Untersuchung hat ergeben, daß auch dieser Unfall auf einen Anschlag zurückzuführen ist. Neun Personen wurden getötet, 36 verletzt.

Navas berichtet dagegen aus Madrid, daß die Zahl der Todesopfer über dreißig betragen soll. Die eiserne Brücke, die durch eine Bombe gesprengt worden ist, befand sich in zwanzig Meter Höhe über einer Schlucht, sechzehn Kilometer von Valencia entfernt. Eine große Bombe explodierte in dem Augenblick, als der Zug die Brücke passierte. Die Brücke brach ein und die meisten Waggons stürzten in die Tiefe.

### Das Sozialversicherungsabkommen mit Deutschland

#### Erläuterungen für versicherte Angestellte.

Zum Abschluß des Sozialversicherungsabkommens mit Deutschland, das seit 1. Dezember bereits in Kraft ist, teilt die Allgemeine Pensionsanstalt folgendes mit:

Von den Vertragsbestimmungen ist für die Pensionsversicherung der Angestellten der wichtigste Grundgedanke, daß die in beiden Staaten erworbenen Beitragsmonate für die Erhaltung der Ansprüche wie für die Karenzzeit eingerechnet werden. Tritt der Versicherungsfall ein, so bemüht jeder der beteiligten Versicherungsträger die Rente selbstständig nach den Rechtsnormen seines Staates und nach der bei ihm einrechenbaren Beitragszeit. Von dem Grundbetrag der Rente erkennt jedoch jeder Versicherungsträger nur die Quote zu, die dem Verhältnis der bei ihm erworbenen Beitragszeit zur Gesamtsumme der Beitragszeiten in beiden Staaten entspricht. Als Beitragszeit kommt für die Angestelltenversicherung in der Tschechoslowakei nur die nach dem Gesetz 26/1929 oder nach dem früheren Pensionsversicherungsgegesetz erworbene Zeit in Betracht, in Deutschland nur die bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, bei dem Reichslandknappschaftsverein und der „Angestelltenpensionskasse der Reichsknappschaft“ erworbene Beitragszeit. Das Abkommen bezieht sich nicht auf einmalige Leistungen, sondern nur auf Renten, und zwar erst auf Versicherungsfälle, die mit 1. Dezember 1933 oder später eintreten. Es ist daher zwecklos, daß aktive Angestellte bereits jetzt ihre frühere reichsdeutsche Versicherung anmelden. Die Anmeldung soll erst erfolgen, bis der Versicherungsfall eintritt.

### Der Landstand als Gewerkschaftsgründer?

Nach einer vorläufig unbestätigten Meldung des „Montagsblatt“ soll sich die Reichsleitung der deutschen Agrarier mit der Absicht tragen, an Stelle der aufgelösten nationalsozialistischen Gewerkschaften eine „Deutsche Gewerkschaft für Arbeiter und Angestellte“ zu schaffen. Die Statuten wurden angeblich vom Innenministerium bereits genehmigt. An der Spitze dieser Aktion soll der bisherige Reichsparteisekretär J. a. n. a. u. s. c. h. treten. Die Nachricht klingt so absurd, daß man doch zuerst eine Befähigung abwarten muß, bevor man

sich mit etwaigen dahin zielenden Absichten des Landstandes auseinandersetzt. Grüne Arbeitergewerkschaften wären zweifellos eine ganz eigenartige Einrichtung. Uebrigens ergibt sich auch die Frage, wie derartige Absichten zu dem Landstand in die Tat umzusetzen sind. Die Agrarier passen würden. Jedenfalls wird aus den verschiedenen Plänen, die deutsche Agrarbewegung zu einer Besserungsanstalt für belehrte Nationalsozialisten auszubauen, nichts herauskommen, als eine große Plamoge. Der Landstand täte gut daran, zuerst die Bauern und die Landjugend im demokratischen Sinne zu erziehen, ehe er sich in die Arbeiterpolitik einmischt.

### Nazi-Gewerkschaftssekretär ins Dritte Reich gelüftet

Freiwalbau. Wie man erst jetzt erfährt, ist der Sekretär des aufgelösten Gewerkschaftsverbandes deutscher Arbeiter, Vogt, aus Freiwalbau, am 30. November bei Weidenau in Schlesien ins Dritte Reich gelüftet. Er fuhr mit seinem Motorrad, am Soziusplatz befand sich seine Frau, von Weidenau über Schuberktroffe. Sein Kinde ließ er in Freiwalbau zurück. Es wird nunmehr untersucht, welche Gründe Vogt zu seiner Flucht veranlaßten.

### Wo ist der SA-Mann Feller?

Der 28 Jahre alte Bakenkreuzler Josef Feller aus Komotau II, Ganghoferstraße, ging vor einiger Zeit nach Deutschland und trat dort in die SA ein. Vor etwa drei Wochen machte er in Rübena u. Sa. noch Dienst in der braunen Moutur, dann wurde er aber plötzlich verhaftet und nach Marienberg ins Gefängnis gebracht. Von dort soll er angeblich in ein Konzentrationslager gekommen sein, doch weiß niemand darüber genaueres. Eine Anfrage bei der Amtshauptmannschaft Marienberg ergab, daß die reichsdeutschen Behörden nicht herausbringen können, wo sich Feller zur Zeit befindet.

Die Angehörigen sind bestrebt in großer Sorge, denn angeblich soll Feller von seinen braunen Kameraden der Spionage zugunsten des tschechoslowakischen Staates verdächtigt worden sein. In diesem Falle wäre freilich für den Mann das Schlimmste zu befürchten, denn die Nazi verstehen in solchen Dingen keinen Spaß. Da Feller tschechoslowakischer Staatsbürger ist, werden die Nazi allerdings doch einmal verraten müssen, was mit dem Manne geschehen ist.

### „Luxuriöse Umsicht und Herzlichkeit“

#### Vittwinow über seinen Empfang in Italien.

Die offizielle italienische Telegraphen-Agentur Stefani verbreitet ein Telegramm, welches der sowjetrussische Volkskommissar Vittwinow dem tschechischen italienischen Ministerpräsidenten Mussolini von der italienischen Grenze bei der Abreise gefandt hat. In dem Telegramm wird gesagt:

Beim Verlassen Ihres schönen und großen Landes nach kurzem aber ungewöhnlich interessantem Aufenthalt betrachte ich es als eine Ehre, Ihnen nochmals zu danken für die luxuriöse Umsicht und Herzlichkeit, welche mir die italienischen Behörden entgegengebracht haben. Ich bin wirklich glücklich, daß ich mit Ihnen in persönlichem Verkehr gewesen bin und bewahre mir eine wunderbare Erinnerung an unsere Unterredungen, welche die Festigkeit und Dauerhaftigkeit der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder, die ein bedeutender Faktor für den europäischen Frieden sind, vollkommen bestätigt haben.

Es besteht allerdings die Gefahr, daß der Vertreter einer fremden Regierung sich für die Gastfreundschaft, die er in einem Besuchslande genossen hat, bedankt. Ob es dabei freilich einer solchen Ueberschwenglichkeit bedürft hätte, wie sie Vittwinow hier zur Schau trägt, ist fraglich. Bisher haben die Kommunisten die kapitalistischen, aber insbesondere die faschistischen Staaten als die größten Feinde bezeichnet, welche eine imperialistische Politik betreiben und eine Gefahr für den Frieden Europas darstellen. Wie rasch sich doch die Gefinnungen der Kommunisten ändern.

Machen die kommunistischen Arbeiter in der Tschechoslowakei diese Gefinnungsänderung der Moskauer Bonzen mit?

### Nazizentrale London aufgedeckt

Die wiederholten Mitteilungen des Londoner Arbeiterblattes „Daily Herald“ auf die umfangreiche Tätigkeit einer Nazizentrale in der britischen Hauptstadt haben die Polizei von Scotland Yard in Bewegung gesetzt. Unterstützt durch gewisse Hinweise bereits verdächtiger Ausländer, die damit sich vor der Ausweisung schützen wollten, konnte die Polizei die ganze Organisation dieser Zentrale aufdecken. Engländer und natürlich auch Deutsche gehörten zu ihren Angestellten. Woher das Geld für diesen Betrieb kam, wird noch festgestellt werden, man scheint jedoch bereits die Fäden zu den reichen Klassen der Propagandaabteilung des Außenministeriums in Berlin gefunden zu haben und in diesem Zusammenhang wird wieder einmal der Name des Dr. Hanfstaengl genannt, der schon längst den Verkehr der Nazizentrale mit ausländischen Journalisten zu besorgen hatte. Die Londoner Polizei war ganz erstaunt über die Größe und Vielfältigkeit des Propagandaapparates in der Nazizentrale. Es konnten auch Feststellungen darüber gemacht werden, daß diese Zentrale nicht nur deutsche Flüchtlinge beipießt, sondern sie auch zu Handlungen zu verleiten sucht, durch die sich Flüchtlinge den Behörden lästig machen können, um des Landes verwiesen zu werden. Selbstverständlich besteht aber auch nicht die geringste Verbindung zwischen der Londoner Nazizentrale und den diplomatischen und konsularischen Vertretern des Dritten Reiches in der britischen Hauptstadt.

### Der irische Faschistenführer verschwunden

Dublin, 11. Dezember. (Reuter.) Der Führer der irischen Faschisten der „Blauhenden“, General O'Duffy, ist verschwunden. Obwohl die Behörden über seine Affäre Stillschweigen bewahren, hält man es für sicher, daß O'Duffy, sobald er öffentlich auftauchen wird, verhaftet werden wird. Sein Hauptunterführer, Crowin, wurde bereits verhaftet und Samstag abends ins Gefängnis abgeführt. Er wird dem Militärgericht ausgeliefert werden, um sich wegen des Tragens des Blauhemds zu verantworten, das von der Regierung verboten wurde. Die Freunde O'Duffys behaupten, um sich wegen des Tragens des Blauhemds zu verantworten, das von der Regierung verboten wurde. Die Freunde O'Duffys behaupten, sie wüßten nicht, wo er sich befindet, O'Duffy, heißt es, halte sich verborgen, weil er nicht verhaftet werden will, bevor er nicht seine Pläne für die nächste Kampagne der Blauhenden vollkommen beendet hat. Drei Offiziere, die am Sonntag in Tipperary verhaftet wurden, und ein vierter, der in Cork eingekerkert wurde, werden ebenfalls dem Militärgericht übergeben werden. Man vermutet, daß noch weitere Führer der Blauhenden verhaftet werden.

### Ernster Unfall Landburys

London, 11. Dezember. (Reuter.) Der Führer der Arbeiteropposition Lansbury, der am Samstag auf der Stiege stürzte und einen Bruch des Schenkelknochens erlitt, wurde heute nachmittags operiert. Sein Zustand ist so befriedigend, wie er es unter solchen Umständen sein kann, doch wurde bei der Operation festgestellt, daß die Folgen des komplizierten Schenkelknochenbruchs ernst sind.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses sprach Premierminister Macdonald das Bedauern über diesen Unfall aus und fügte hinzu, er spreche sicher im Namen des ganzen Unterhauses, wenn er sagt: „Wir alle hoffen, daß der Oppositionsführer George Lansbury schnell wieder genesen wird.“

# Tagesneuigkeiten

## Passagierflugzeug Berlin-Hamburg verunglückt.

### Sechs Tote und vier Verletzte.

Berlin, 11. Dezember. (Volff.) Das planmäßige Verkehrsflugzeug „D 1403“ der Strecke Berlin-Hamburg ist heute nachmittag bei der Landung auf dem Flughafen zu Fuhlsbüttel infolge plötzlich stark verschlechterter Sichtverhältnisse gegen ein Hindernis geraten und verunglückt. Dabei kamen der Flugzeugführer Grubba und drei Flugpassagiere, der Präsident des Erbhofgerichtes in Celle, Staatsrat Wagemann sowie ein amerikanisches Ehepaar Barber ums Leben. Die übrigen sechs Insassen erlitten Verletzungen. Von ihnen sind zwei im Krankenhaus gestorben, und zwar der Funkermeister Witten und ein Fluggast Schnarrenberg.

## Wirtshofszusammenbruch — aber Spielbanken!

Wien, 11. Dezember. Wie der „Morgen“ erzählt, sind die „Schwierigkeiten“, die der Gründung einer österreichischen Spielbankunternehmung „im Wege standen“, in den letzten Tagen endgültig beseitigt worden. Die Projektanten der Spielbank A. G. werden morgen die Konstituierung des Unternehmens vollziehen, welches den Namen „Österreichische Kasinogellschaft“ führen wird. Die Instandsetzung des Spielbetriebes auf dem Semmering wird „unverzögerlich“ aufgenommen werden und das Semmering-Kasino bereits Mitte Jänner zur Eröffnung gelangen. Im März wird dann die Badener Spielbank und voraussichtlich im Juni das Salzburg-Kasino den Betrieb aufnehmen ...

## Ein Millionen-Defraudant.

Agram, 10. Dezember. Der hiesige Vertreter mehrerer tschechoslowakischer Industrieunternehmen, Erwin Orlik, ist nach Hinterlassung von Verpflichtungen im Betrage von vier Millionen Dinar flüchtig geworden. Nach den bisherigen Erhebungen hat Orlik zahlreiche Beträge für Rechnung seiner Auftraggeber bei hiesigen Großhändlern einliefert, die eingekommenen Gelder aber für sich behalten. Angeblich soll Orlik nach Palästina geflüchtet sein. Wo ist der SA-Mann Feiler?

## Die Verteilung der Nobel-Preise.

Berlin, 11. Dezember. Nach Meldungen der Berliner Blätter fand am gestrigen Sonntag die feierliche Ueberreichung der Nobelpreise in Stockholm statt. Von den fünf Nobelpreisträgern waren der Leipziger Physiker Prof. Heideberg, der österreichische Professor Schrödinger, der Engländer Prof. Dirac und der russische Literaturpreisträger Ivan Bunin persönlich anwesend, die den Preis aus der Hand des Königs Gustav entgegennahmen. Mit den letzten Preisen sind insgesamt dreißig Millionen an 170 Preisträger aus fünfzehn Ländern verteilt worden.

## Der Brückenbau Tetschen-Bodenbach beendet.

Am Samstag, den 9. d. M., wurde der Bau der neuen Eisenbrücke zwischen Bodenbach und Tetschen beendet. In einem gewaltigen Bogen aus Stahl überspannt dieses Monumentalwerk der modernen Brückenbautechnik an der Stelle, wo früher die einzige alte Kettenbrücke die beiden Ufer verband, den Elbestrom. 2000 Tonnen ist sie schwer, 1800 Tonnen Stahl wurden verwendet, 200 Tonnen wiegt der Belag der Fahrbahn und der Gehsteige. Der fünfjährige Schlupf war einer der interessantesten des ganzen Baues.

Bekanntlich war die Brücke oberhalb der Kettenbrücke auf Holzpfählen und mächtigen Gerüsten montiert worden. Nach Beendigung der Montagearbeiten wurde der Verkehr provisorisch über die neue Brücke geleitet und die Kettenbrücke abgetragen. Die beiden Türme der Kettenbrücke wurden bis auf Fahrbahnhöhe abgetragen und für die Aufnahme der neuen Brücke vorbereitet. Samstag, den 9. d. M., wurde nun die Brücke in ihrer Gänge in ihre endgültige Lage gebracht.

Zuerst war die Brücke etwas gehoben worden, dann wurden mächtige Verchiebebahnen gelegt, die auf starken Stahlwälzen ruhen. Um 7 Uhr früh wurde der ganze Verkehr über die Brücke eingestellt. Auf den beiden Mittelpfählen befanden sich je zwei starke Flaschenzüge und Winden, auf den beiden Widerlagern an den Brückenköpfen je eine.

Um 8 Uhr traten 24 Arbeiter an die Winden, je vier an eine. Langsam strafften sich die Stahlseile und ebenso langsam, dem Auge kaum sichtbar, trat der Stahlsockel seine Wanderung an. Der Weg, den die Brücke bis in ihre dauernde Lage zurücklegen mußte, betrug etwa 20 Meter. Sie bewegte sich in der Minute um etwa 6 bis 8 Zentimeter.

Um 12 Uhr mittags war die Verchiebung bereits soweit beendet, daß der Personenverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Einige Stunden später ruhte die Brücke bereits auf den mächtigen Granitquadern, die ihre endgültige Auflage bilden. Um 5 Uhr abends konnte sich

# Die Hinrichtung der Kölner Kommunisten.

## Ein Augenzeuge berichtet. — Furchtbare Szenen.

Köln, 9. Dezember. (Infa.) Ein Beamter des Klingelpütz-Gefängnisses in Köln hat einem Mitglied der Roten Hilfe folgenden Bericht über die am 30. November erfolgte Hinrichtung von sechs Arbeitern gegeben:

„In später Abendstunde des 29. November wurde den Verurteilten durch den Staatsanwalt in Gegenwart des Anstaltsleiters mitgeteilt, daß die Vollstreckung der Todesurteile für den nächsten Morgen angesetzt sei. Die Verurteilten, insbesondere Dammacher und Morris, legten scharfen Protest gegen den Vollstreckungsbeschl. ein und erklärten nochmals ihre Unschuld. Sie seien Opfer des Meinesdes der Nazis gewesen, sie seien bei dem Zusammenstoß am 24. Februar 1933 die Ueberfallenen und Angegriffenen gewesen. Der ganze Tatbestand sei in der Voruntersuchung und in der Hauptverhandlung auf den Kopf gestellt worden.“

An der Stelle auf dem Hofe, an der früher ein Schafott mit Guillotine aufgerichtet wurde, war diesmal das Schafott nur mit Balken und Nichtbrot aufgebaut, um die Hinrichtung mit dem kurzen Handbeil zu vollziehen. An derselben Stelle, an der die sechs politischen Verurteilten mit dem Handbeil hingerichtet wurden, war 1931 der bekannte Massenmörder Kürten mit der Guillotine enthauptet worden.

Während des Lautens des Sündenbuchs wurden die Verurteilten gefesselt, einzeln vom Gefängnisbeamten herangerufen, unter besonderer Bedeckung von Schupo und SA-Mannschaften. Im Hofe hatten sich versammelt: der Vorsitzende und die Mitglieder des Schwurgerichtes und die vorgeschriebenen 12 Gemeindeglieder. Der Scharfrichter und seine Gehilfen standen hinter dem Schafott, außerdem waren einige höhere Beamte von der Geheimen Staatspolizei, Ärzte, Geistliche beider Konfessionen anwesend, ferner eine besondere Abordnung der SA, Schupo- und SA-Leute bildeten sodann Spalier vor dem Gebäude bis zum Schafott und den Tisch der Amtspersonen. Hinter einem mit schwarzem Tuch überzogenen Tische stand der Staatsanwalt

sowohl der Fußgängerverkehr wie auch jener der Fuhrwerke wieder normal abzuwickeln.

Damit ist der Bau dieser gewaltigen Brücke, eine der größten in der Republik, in der Hauptsache beendet. Es bleiben nur noch einige kleine Arbeiten an den Straßenanschlußstellen zu verrichten und die Abtragung der Gerüste und Hilfspfähle. Die Brücke sowohl als auch ihre Verchiebung darf als eine Meisterleistung der Technik bezeichnet werden. Mit besonderer Genugtuung stellen wir fest, daß sich während des ganzen Baues bis zum Abschluß kein einziger größerer Unfall ereignete, durch den ein Arbeiter zu Schaden gekommen wäre.

Nach Beendigung der Verchiebungsarbeiten fand eine von einem besonderen Komitee veranstaltete feierliche Eröffnung statt, an der die Vertreter der beiden Städte, der Renter und Behörden teilnahmen und bei der verschiedene Ansprachen gehalten wurden. Dann wurde die Brücke offiziell für den Verkehr freigegeben.

## Etichs Liebesluxus — 1100 Arbeiter in Rot!

Eine Enthüllung Prager Blät er beleuchtet den Hintergrund einer Industrie- und Finanzaffäre: die Zuteilfabriken des Prager Großindustriellen Etich in Jaroměř stehen mit 30 Millionen Bankschulden vor der Katastrophe, weil der Besitzer des Unternehmens sich seine Freundschaft mit einer Bardame ungezählte Millionen kosten ließ. Er hat ihr Wechsel in phantastischer Höhe gegeben, um sie auf unanfechtbare Weise zur Erbin zu machen — und jetzt handelt es sich darum, ob das Gericht diese Wechsel als gültig anerkennen wird oder dem Einmunde des Großindustriellen stattgegeben wird, der behauptet, diese „Geschenke“ unter Zwang hergegeben zu haben. Die Entscheidung dieser Frage wird die Pointe eines Gesellschaftsstandals — aber sie wird auch die Entscheidung über das Schicksal der elfhundert Arbeiter sein, die in Etichs Betrieben beschäftigt sind. — Es läßt sich keine Analyse des Kapitalismus denken, die deutlicher die verlogene Illusion vom „aufbauenden und wereschaffenden Unternehmertum“, vom „unentbehrlichen wirtschaftlichen Führertum“ und vom „sittlichen Wert des Privatbesitzes“ zerstören könnte als ein solcher beispielhafter Fall aus der Wirklichkeit. An die sexuellen Lüste und das mondäne Progenium eines durch Erbschaft reich und mächtig gewordenen Lebemanns, der sich jetzt gern für pathologisch erklären lassen möchte, ist Schicksal und Zukunft, Arbeit und Erwerb von Tausenden gekettet — von dem schmutzigen Streit zwischen einem „abenteuernden“ Bourgeois und seiner geschäftsstüchtigen Maitresse wird Sein oder Nichtsein eines großen Wirtschaftsbetriebes abhängen. Tausende haben für großen Lohn geschuftet — und einer hat den Ertrag ihrer Arbeit verschwendet. Tausende haben ihre Kraft, ihre Fähigkeit und ihr halbes Leben einem Vertriebe gewidmet — und einer hat im Selt- und Liebesrausch das Werk verspielt. Weil dieser Eine durch den Titel des Besitzes

und der Urkundebeamte. Die Gefangenen, deren Kopfhaare geschoren waren und deren Hals von der Kleidung freigegeben wird, wurden gefesselt an den Tisch des Staatsanwalts geführt. Der Staatsanwalt las ihnen mit lauter Stimme noch einmal das Urteil vor, und dann die Order: „Seine Exzellenz der Preussische Ministerpräsident Göring hat beschlossen, von dem ihm zustehenden Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen.“

Die Verurteilten, die offensichtlich unter der Last der Fesselung und dem Druck des Urteils sehr gelitten hatten, antworteten dem Staatsanwalt auf seine Verlesung mit einem Hoch auf die Weltrevolution. Sofort ergriffen aber die Gensdarmen den ersten der Verurteilten und rissen ihn zum Schafott. Kom war der angeschmolzt, so wurde ihm auch der Kopf mit einem mächtigen Beilhieb heruntergeschlagen. Auch der zweite und dritte Verurteilte wurden in dieser Weise mit einem Schlag enthauptet.

Bei dem Vierten aber schlug der Scharfrichter, der ebenso wie seine Gehilfen augenscheinlich große Quantitäten von Schnaps zu sich genommen hatte, um durchhalten zu können, falsch. Das Beil blieb im Schädel des Verurteilten stecken, er führte einen zweiten Hieb, auch dieser hatte noch nicht das gewünschte Ergebnis und erst der dritte Hieb trennte den Kopf von dem Rumpf des unglücklichen Opfers. Der Vorfall rief bei den Anwesenden eine ungeheure Erregung hervor, und bei all denen, die sich noch einen Rest menschlichen Empfindens gewahrt hatten, Entsetzen und Empörung. Infolge dieser Erregung kam es auch bei der fünften Hinrichtung zuerst zu einem Fehlschlag und erst der zweite Hieb vollendete die Enthauptung.

Die sechste Vollstreckung an dem Fensterputzer Josef Engel wurde von dem Scharfrichter mit einem einzigen furchtbaren Hieb durchgeführt. Die Massenhinrichtung dieser sechs Arbeiter war das furchtbarste Ergebnis, das ich in meiner Dienstzeit gehabt habe.“ schloß der Beamte seinen furchtbaren Bericht.

unumschränkter Herr des Unternehmens war, während jene Tausende nur die Arbeit „nehmen“ durften, die er, der alles übrige genommen hat, ihnen „gab“. Und wie steht es mit der vielgerühmten „Verantwortlichkeit“ des „magnum“ Unternehmers? Es gibt kein Gesetz, das die Millionenverschwendung und den Raubbau bestraft (außer wenn Gläubiger einen Betrug nachweisen können). Elfshundert Unschuldige können zum Hungern verurteilt werden. Aber Herr Etich wird — „aus seinen Unternehmungen ausscheiden müssen und eine Rente erhalten“.

Opfer der Kälte. Während der letzten Kälteperiode wurden auf verschiedenen ungarischen Landstraßen fünf Personen erfroren aufgefunden. In Rispest wurde ein Nachwächter infolge der grimmigen Kälte irtümlich und wollte die Verkaufsbuden auf dem Marktplatz anzünden. Auf dem flachen Lande hat sich aus Anlaß der abnormalen Witterung eine Reihe schwerer Unfälle ereignet. In den Dörfern verursachte der Umstand, daß alle Brunnen zugefroren sind, zahlreiche Notstände.

Lehrlingstod. Am Sonntag vormittags erlag der 16jährige Baderlehrling Jan Grubby in Pilsen die Leitung einer elektrischen Lampe in der Werkstatt seines Meisters. Er wurde vom elektrischen Strom erschlagen und getötet. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod Grubys konstatieren.

Der Schachweltmeister Dr. Aljechin veranstaltete Sonntag in Pardubitz eine Simultanvorstellung an fünfzig Brettern. Der Wettkampf dauerte sechs Stunden und wurde von ungefähr dreihundert Zuschauern verfolgt. Aljechin siegte in dreißig Partien, remiserte in zwölf Fällen und verlor acht Partien.

Notlandung inmitten der Großstadt. Inmitten von London, im Hyde-Park, landete Montag unter besonderen Umständen ein Flugzeug, das wegen Motorstörung plötzlich zu Boden gehen und notlanden mußte. Beim Niedergehen hatte das Flugzeug um ein Haar mit dem einem seiner Flügel den Buckinghampalast gestreift und landete schließlich vor den Augen der großen Zuschauermassen, die der Wacheablösung vor dem Königspalast zusehen. Die Besatzung des Flugzeuges kam ohne Schaden davon.

Beizung mit Erdgas. Die Leitung des Elektrizitätswerkes der Gemeinde Wien hat beschließen, versuchsweise im Werke Simmering die Heizung von Dampfkesseln mit Erdgas einzuführen und das Gas, das in Oberlaa gefunden wird, zu verwenden. Die große Gasleitung von Oberlaa nach Simmering ist bereits zum größten Teile fertiggestellt.

Vom Treibriemen getötet. In dem Langsamen Turbinengewerk in Unterarg bei Arnfeld (Steiermark) wollte der Hilfsarbeiter Fritz Prasse den Treibriemen auf die Nebenwelle anlegen, unierlich aber die Abstellung der Hauptwelle. Er wurde vom Riemenwerk erschlagen und herumgeschleudert, wodurch er getötet wurde. Als seine Frau von dem Unglück erfuhr, wollte sie sich ins Wasser stürzen, konnte aber daran gehindert werden.

Oberst Lindbergh ist Samstag mit seiner Gattin, aus Para kommend, in Monoos (Brasilien) gelandet. Das Fliegerhepaar legte 932 Meilen in sieben einhalb Stunden zurück.

Entgleisung im Brünner Bahnhof. Am 11. Dezember um 21 Uhr entgleisten beim Verschieben am Personenbahnhof in Brünn zwei Personenzüge, wodurch das zu- und Abfahrtsgeleise der Strecke Brünn-Trentschin-Teplich, Brünn-Lundenburg u. Brünn-Sydlitz verunreinigt wurde. Der Verkehr wird durch Hilfslinien aufrechterhalten. Zu Schaden kam niemand. Die Abendpersonenzüge hatten unbedeutende Verspätung. Die Ursache wird untersucht.

Deutscher Dampfer gestrandet. Der im Jahre 1930 erbaute deutsche 2000-Tonnen-Dampfer „Lipari“ ist an der holländischen Küste im Nebel auf eine Sandbank aufgelaufen. Vier Schlepper sind an der Unfallstelle eingetroffen und versuchen, das Schiff flott zu bekommen. Man vermutet jedoch, daß mehrere Tage vergehen werden, ehe das Schiff seine Reise wieder wird fortsetzen können. Das Schiff hat Südrüchte geladen und ist vom Mitteländischen Meer kommend, nach Hamburg unterwegs.

Der ungarische Hochschul-Antisemitismus. An der Technischen Hochschule in Budapest kam es Montag vormittag wieder zu judenteufelichen Kundgebungen. Kulturminister Homan erinnerte in einer Kundgebung die Jugend an ihr jungfräuliches Versprechen, die Behörden bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung durch ihre Organisationen in jeder Hinsicht zu unterstützen. Wenn bis zum 13. Dezember dieses Versprechen nicht angenommen wird, die Ruhe und Ordnung nicht vollkommen wieder hergestellt und der Unterricht durch neuerliche Unruhen gestört werden wird, dann wird der Minister die endgültige Schließung der Schulen herbeiführen.

Dampfer in Flammen. Die Funktion Marieille fing Samstag früh einen Hilferuf des schwedischen 600-Tonnen-Frachtdampfers „Sander“ auf, der zehn Meilen südlich von Porquerolles in Brand geraten war. Drei Dampfer der gleichen Richtung brachten dem brennenden Schiff Hilfe. Die Löscharbeiten waren vergeblich. Der Dampfer wurde von der Mannschaft geräumt und seinem Schicksal überlassen. Die Mannschaft wurde von einem italienischen Dampfer übernommen.

Schlacht zwischen Gendarmen und Räubern. Unweit von Diabekru (Türkei) kam es zwischen Gendarmen und einer türkischen Räuberbande zu einer blutigen Schlacht, die beinahe 24 Stunden dauerte und auf türkischer Seite fünf Tote und sieben Verwundete forderte. Sämtliche Mitglieder der Räuberbande wurden verhaftet. Einige von ihnen sind verwundet.

Ein Reunundennunzigjähriger bleibt im Gefängnis. Vor 67 Jahren wurde in das Gefängnis von Parchman (Mississippi) ein junger Mann eingeliefert, der wegen Mordes lebenslanglich sitzen sollte. Gestern wurde er 33 Jahre alt, und in Anbetracht seines hohen Alters und guter Aufführung sollte er begnadigt werden. Doch der Alte weigerte sich, vor seiner Freiheit Gebrauch zu machen, mit der Begründung, daß er sich an das Gefängnis so gewöhnt habe und es ihm so gut gehe, daß er keine Lust habe, in seinem Leben die Freiheit noch einmal kennenzulernen. Die Behörden haben beschlossen, den Wunsch des alten Mannes zu erfüllen. Da er auch in Freiheit auf Staatskosten heiter erhalten werden müßte und gar keine Verwandte und Bekannte mehr hat, wird er weiter im Gefängnis bleiben.

Das Kampschloß bei den Gerichten. Zu dem in einigen Tagesblättern über die Aufhebung des Kampfschloßes im Ressort des Justizministeriums veröffentlichten Artikel wird mitgeteilt, daß es sich nicht um einheitliche Maßnahmen des Justizministeriums handelt, sondern um die Entscheidung der Regierung vom 26. Oktober d. J., mit der das individuelle Kampfschloß mit Wirkung vom 1. Jänner 1934 allgemein aufgehoben wurde. Diese Entscheidung wurde jedoch später von der Regierung abgeändert. Eine Abteilung des Justizministeriums hat irrtümlich das Antimat der ersten Entscheidung der Regierung erledigt, weil ihm die nachträgliche Änderung nicht rechtzeitig bekannt gegeben worden war.

Vergnügungssteuer für politische Versammlungen — auf diese geniale Idee sind neuerdings englische Steuerbehörden verfallen. In Gainsborough hatte die Arbeiterpartei zu einer Versammlung mit ihrem Führer Georg Lansbury als Redner, auch eine Anzahl reservierter Plätze vermietet. Für diese Karten verlangte man — Vergnügungssteuer, deren Bezahlung jedoch abgelehnt wurde. Der Rabiergesellschaft in London war das gleiche Antisitten bereits im vorigen Jahr gestellt worden; sie lehnte ab, es wurde still, aber jetzt hat man ihr erklärt, wenn sie in diesem Winter für ihren Besekurs zahle, werde man die vorjährige „Forderung“ verfallen lassen. Auch die Rabier lehnen jedoch ab.

## Vom Rundfunk

Mittwoch:  
Prag: 11.00 Schallplatten. 12.45 Schallplatten. 16.30 Kindertheater. 18.30 Deutsche Sendung. Arbeiterfunk: Dr. O. J. Löwe: Gedemut und Sozialismus; Bericht vom Arbeitsmarkt. 19.10 Französischer Sprachkurs. 19.25 „Zwei Beside“, Lustspiel von Guitry. 20.05 Sinfoniekonzert der tschechischen Philharmonie. Gustav Mahler: III. Sinfonie. — Brünn: 15.40 Jugendfunk. 17.35 Schallplatten. 20.45 Ariens — Kaffeehaus: 18.00 Orchesterkonzert. 17.00 Kinderstunde: Marionettentheater. — Wien: 16.25 Jugendstunde. 18.10 Woher kommen neue Kränkheiten? 20.30 Hebel-Abend. 22.45 Tanzmusik. — Heilsberg: 16.00 Nachmittagskonzert. — Breslau: 21.10 Österreichische Volksmusik. — Leipzig: 16.00 Deutsche Meister zweier Jahrhunderte. — Berlin: 17.30 Robert Schumann: Streichquartett.

Die neuen Auslagen der Poldihütte.

Die Poldihütte hat in ihrem Hause Prag XII., Ungeltstr. 17, Ecke Waldova ul., sehr schöne Auslagen errichtet. Die Rahmen dieser Schaufenster sind aus dem bekannten Poldi Anticorro-Stahl, der in letzter Zeit häufig bei modernen Vorkonstruktionen Verwendung findet. Drei Schaufenster enthalten die drei Hauptarbeitsgebiete der Poldihütte.

- Werkzeugstühle, Konstruktionsstühle, Möbelschere, Säurefestigkeit und feuerbeständige Anticorro-Stähle.

Die Anordnung der Schaufenster ist übersichtlich und klar. Die ausgestellten Gegenstände zeigen die weitgehenden Beziehungen der Poldihütte zur stahlverarbeitenden Industrie. Sie zeigen aber auch, welche großen Rufes sich der heimische Poldi-Stahl auf dem Weltmarkt erfreut.

Die Besichtigung dieser interessanten Schaufenster wird wärmstens empfohlen. 2205

Eine Weltausstellung in Konkurs.

In der allerletzten Zeit wird die Chicagoer Weltausstellungsgesellschaft in Konkurs anmelde. Der erste Präsident des Unternehmens, Rufus Dawes, dessen Bruder der Verfasser des bekannten gleichnamigen Reparationsplanes ist, hat seinen Posten niedergelegt. Dawes hatte sein ganzes, nicht unbedeutendes Vermögen in die Ausstellungs-gesellschaft gesteckt. Sein Rücktritt wird allgemein als besonders dringliches Zeichen für die katastrophale Lage des Unternehmens angesehen. Der Kreditbetrag ist riesengroß, aber im einzelnen der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilt worden. Obwohl die Ausstellung fünf Monate geöffnet war und mehr als zwanzig Millionen Besucher hatte, sind heute die meisten Rechnungen der Kaufmann und Handwerker noch nicht bezahlt. Die geplante Wiedereröffnung der Ausstellung im kommenden Frühjahr ist auch unwahrscheinlich geworden, da die Gesellschaft wohl kaum noch Geld aufstreifen kann und andererseits in Amerika eine Reihe von Industrieausstellungen geplant ist, deren Veranstalter schärfsten Protest gegen die Weiterführung der Weltausstellung bei der Bundesregierung erhoben haben.

Einführung der Sowjet-Union an die verbleibenden Juden. In einem Interview mit dem Korrespondenten der „Exchange Telegraph“ erklärte der Vertreter der sowjetrussischen Kommission für nationale Minderheiten, Smidowitsch, daß die Sowjetunion in Birobidschon eine autonome Judenterritorien geschaffen habe, deren Territorium dreimal so groß als Palästina sei. Die UMSZ bedürfe qualifizierter Handarbeiter; sie lade die in Deutschland verfolgt und emigrierten Juden ein, am Aufbauwerk der Republik Birobidschon teilzunehmen. Die Sowjetregierung habe die Absicht, sich wegen dieser Frage mit den großen jüdischen Organisationen in Verbindung zu setzen.

Flugblätter an Luftballons. Im Osten Berlins sind Luftballons von Arbeitern hergestellt worden, die mit einer herabfallenden Schur versehen waren. In der Mitte der Schur befand sich ein mit Spiritus schwach getränkter Schwamm, am unteren Ende waren kleine Flugblätter befestigt. Die Arbeiter brachten den Schwamm an, dann ließen sie die Ballons fliegen. In einer bestimmten Höhe brannte die Schur durch und die Flugblätter flatterten einzeln zur Erde nieder.

Proger sind Hochverräter. Der „Städtische Beobachter“ bemerkt in seiner Lokalbeilage, daß Fragen eine jüdische Angelegenheit sei. Die Lage des Progers sind vorbei. Am Proger ist schon manches gescheitert.

Exekutive der SWA. Als Nachfolger Morris Hillquists ist der Herausgeber des New Yorker „New Leader“ James Duval zum Vertreter der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika in der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gewählt worden.

Sensation im Spielfuß. In einem Pariser Spielfußclub herrscht seit einigen Tagen riesige Aufregung. Der Zutritt ist jeden Abend so groß, daß Hunderte keinen Eintritt in den Klub finden. Was ist geschehen? Tag für Tag kommt für drei Stunden ein Spanier, Senor Cortes, in den Klub, um Roulette zu spielen. Täglich gewinnt er genau dreitausend Franken. Er erwirbt ein Besitz eines sicheren Gewinnsystems zu sein. Die Spieler, die aus offen Teilen der Stadt kommen, um sich dieses Wunder anzusehen, notieren sich feberhaft alle Zahlen auf. Die Senor Cortes lebt, um so hinter das Geheimnis des Systems zu kommen. Aber der Spanier lächelt nur. Er sucht einen Käufer für sein System, daß er für fünfzehnhunderttausend Franken abgeben will. „Nur brauche ich nicht, um ein behagliches Leben führen zu können. Ich würde, wenn ich einmal das System verstanden habe, mich nie mehr an den Spielern beteiligen“, sagt der Spanier. Bis jetzt hat sich aber noch kein Käufer gefunden, und die Klubleitung, die zwar jeden Tag dreitausend Franken verliert, ist froh darüber, denn die Massen der Neugierigen bringen bedeutend mehr ein. Vielleicht ist das ganze auch nur ein Reklametrick der Kasinoverwaltung.

Vergrößerung bedroht Ortschaft am Grundsee. An der Beralchne oberhalb der Ortschaft Wien am Grundsee (Zaluzmanow) ist seit einigen Tagen ein Gebiet im Ausmaße von fünf Hektar im Rutschen und bewegt sich langsam in der Richtung gegen die aus 12 Gehöften bestehende Ortschaft. Man befürchtet, daß bei Eintreten des Tauwinters der Regen das Rutschgebiet in schnelle Bewegung kommt und dadurch die Ortschaft Wien gefährdet werden könnte.

PRAGER ZEITUNG.

Budgetdebatte in der Prager Stadtvertretung.

Genosse Dr. Schwelb über Stadtverwaltung und unsere Forderungen.

Prag, 11. Dezember. Heute begann die für drei Tage vorgesehene Beratung des Voranschlags der Stadt Prag für das Jahr 1934. Der Bedarf des ordentlichen Budgets ist gegenüber dem Vorjahre (557 Millionen Ks) um 23 Millionen Ks geringer: 534 Millionen Ks.

An der Restriktion partizipieren alle Ressorts der Stadtverwaltung mit Ausnahme des Kapitels „Soziale Fürsorge“, welches ebenso wie im Vorjahre mit 60 Millionen Ks eingelegt ist.

Die Budgetberatung wurde durch das Referat des Finanzreferenten Vizebürgermeister Dr. Stála eröffnet. Die Aeußerung der Finanzkommission erstattete Ing. Cvrk. Sodann gab Stadtrat Dr. Zenkl eine gemeinsame Erklärung der Mehrheitsparteien ab, in welcher das Budget als ein Werk des Kompromisses dargestellt wird. Nach Zenkl sprach als erster Redner, der Vertreter unserer Partei

Genosse Dr. Schwelb,

dessen Rede wiederholt von lebhaftem Beifall unserer tschechischen Genossen unterbrochen wurde und der von den tschechischen Genossen lebhaft begrüßt worden ist. Gen. Dr. Schwelb führte u. a. aus:

Schon die Wahlen vom 27. September 1931, auf Grund welcher zum ersten Male seit der Errichtung von Groß-Prag ein Repräsentant der mittellosen deutschen Schichten in dieses Kollegium entsendet worden ist, haben eine namhafte

Verschiebung in der wirtschaftlichen Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung von Prag

gezeigt. Die bewegte Zeit, welche seit den letzten Wahlen verstrichen ist, die Entwicklung der politischen und organisatorischen Verhältnisse in den letzten zwei Jahren hat noch deutlicher gezeigt, nicht nur, daß immer größere Schichten der deutschen Bevölkerung zur arbeitenden Klasse gehören, sondern daß auch das Klassenbewußtsein dieser Schichten wächst, daß sie sich von den kapitalistischen Parteien abenden, denen sie bisher ihre Vertretung auf Prager Boden anvertraut haben, auch von jener Partei, welche durch Jahrzehnte die traditionelle Repräsentantin des Prager Deutschtums gewesen ist und seiner früher führenden Schicht, des liberalen Bürgertums.

Es waren dies insbesondere die Verhältnisse im benachbarten Deutschland, welche den Bewußtseinsprozeß in weiten Schichten der deutschen Bevölkerung beschleunigt haben. Die deutschen Verhältnisse, und der Widerhall, den diese Ereignisse in den deutschen bürgerlichen Parteien gefunden haben, und zwar in allen Parteien, ohne Unterschied, von der aufgelösten Parteienpartei bis zu den Demokraten, hat die arbeitende deutsche Bevölkerung von Prag darüber belehrt, daß sie ihre Interessen nicht weiter Parteien anvertrauen kann, deren Reimungen in weniger oder überhaupt nicht getarnter Weise alle jene Verbrechen gebilligt haben, welche in Deutschland begangen worden sind.

Das Prager Deutschtum hat sich überzeugt, daß die angeblich demokratische Partei nicht sein Vertrauen behalten kann, wenn ihre Führer die deutschen Ereignisse begrüßt haben, als Stärkung des deutschen Volkes und ihrer Freunde Ausdruck gegeben haben über den angeblich frischen Wind, der aus dem Dritten Reich in unser Gebiet herüberweht.

Wenn das deutsche Proletariat seinen Standpunkt zum Budget einnimmt, so muß dieser Standpunkt in der heutigen Zeit in erster Linie ein politischer sein und erst in zweiter Linie sachlich im Sinne der einzelnen Zweige der Stadtverwaltung. Wenn ich als deutscher Sozialdemokrat in der Budgetdebatte einer europäischen Großstadt spreche, da ist es unmöglich, nicht jener

Tausende von kommunalen Funktionären reichsdeutscher Städte

zu gedenken, Sozialdemokraten, Katholiken, Demokraten, Kommunisten, deren musteraktive Tätigkeit im Interesse der reichsdeutschen Selbstverwaltung, im Interesse der bestlosigen Volksmassen und ihrer Erziehungsfunktionen von den heutigen Machthabern Deutschlands mit Einförmigkeit, Festhaltung in Konzentrationslagern, Qualen, Martern und Mord bestraft worden ist. Wenn ich die Ehre habe, in diesem kommunalen Kollegium zum Budget der Hauptstadt Prag zu sprechen, so muß ich auch der

Bedrohung der Wiener Gemeinde

gedenken, wo unsere Freunde in der Nachkriegszeit Einrichtungen geschaffen haben, die nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern von kommunalen Fachleuten der ganzen Welt bewundert worden sind.

Das deutsche Proletariat von Prag als ein Bestandteil der deutschen sozialdemokratischen Bewegung in der Tschechoslowakischen Republik hat ein positives Verhältnis zu diesem Staate, da es überzeugt ist, daß die demokratischen Einrichtungen der Republik der natürliche und geeignete Kampfplatz für die Kämpfe der Arbeiterschaft und eine gerechte Weltordnung sind. Dieses positive Verhältnis zum tschechoslowakischen Staate, zur tschechoslowakischen Nation und zur tschechoslowakischen Arbeiterschaft, deren Schicksal unser Schicksal ist, tritt klar insbesondere in diesen bewegten Zeiten hervor, in denen es den vereinten Kräften der tschechischen und deutschen sozialistischen Arbeiterschaft, wo es den fortschrittlichen

Schichten im Staate gelungen ist, die Republik als Kulturstaat und als europäischen Staat zu erhalten inmitten von Staaten, die vom Faschismus verschiedener Typen und Schattierungen verfaulend sind. Und diese Erkenntnis kann auch nicht ohne Einfluß sein auf unseren Standpunkt zum vorgelegten Budget.

Gegen das Budget, über welches wir hier verhandeln, hat die Arbeiterklasse eine ganze Reihe von Einwendungen.

Dieses Budget ist ein genaues und getreues Abbild der Machtverhältnisse im Staate und in der Stadt, es ist das Werk eines Kompromisses, welches selbstverständlich weder die Arbeiterschaft noch das Bürgertum voll befriedigt. Obwohl Prag überwiegend eine Arbeiterstadt und eine sozialistische Stadt ist, ist es nicht nur in den Händen der Vertreter der Arbeiterklasse, sondern die sozialistischen Parteien müssen sich um die Macht in der Gemeinde mit den Vertretern der bestehenden Klasse teilen. Demgegenüber schaltet sich ein Teil der Arbeiterklasse durch seine unglückselige Taktik selbst von der Teilnahme an der Stadtverwaltung aus.

Wenn wir das vorgelegte ordentliche Budget betrachten, stellen wir fest, daß wir zum ersten Male seit vielen Jahren ein Budget mit einem Defizit von 760.000 Ks vor uns haben. Dieses Defizit wäre nicht notwendig, wenn die Verwaltung der Gemeinde sich entschließen möchte, das Arzium zu verlassen, daß auch in dieser so verzweifelten Zeit die Gemeindeumlagen nicht erhöht werden dürfen, und zwar nicht einmal die Zuschläge zu jenen Steuern, welche ausschließlich die zahlungskraftigen Schichten belasten.

Die sozialpolitische Struktur des Budgets befriedigt uns nicht. Unter den wichtigsten Posten der Deckung sehen wir weitens mehr als 100 Millionen aus indirekten Abgaben, welche den Konsum der breitesten Bevölkerungsschichten belasten. Mit Befriedigung quittieren wir dagegen, daß die Ausgaben für die Beschaffung von Rohstoffen für die Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahre von 20 auf 25 Millionen erhöht worden sind, wobei wir die Anschauung der Gemeindefinanzkommission teilen, daß dieser Betrag kaum dazu hinreicht, daß die Gemeinde die schwere Aufgabe der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit meistern könnte.

Wir haben nie geleugnet und anerkennen auch heute gern

die hervorragenden sozialen Leistungen, welche von der Gemeindeverwaltung getätigt worden sind,

die musterhafte Fürsorge für die Kinder, welche die Gemeinde im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten unternommen hat.

Wir sind, wie bekannt, nicht von allem begeistert, was aus dem Prager Rathaus vorgeht. Wir haben viele Beschwerden gegen einzelne Zweige der Stadtverwaltung. Wir haben viele Beschwerden gegen die elektrischen Straßenbahnen und die sonstigen Verkehrsmittel, wir haben diese und wir haben jene Beschwerden. Meine Aufgabe als Vertreter des deutschen Proletariats ist es, insbesondere den Anspruch der deutschen unbemittelten Schichten geltend zu machen. Es gefällt uns nicht die Politik des Prager Rathauses auf dem sprachlichen und nationalen Gebiete. Ich könnte Ihnen, meine Damen und Herren, hievon vieles erzählen, was Sie schon kennen, und vieles, was Ihnen nicht geläufig ist. Aber ich sage Ihnen offen:

In einer Zeit, wo Hunderttausende von Arbeitslosen hungern, in einer Zeit, wo im Nachbarstaate gemordet und gequält werden, werde ich Sie nicht mit den Fragen der Straßentafeln und Firmenanschriften unterhalten.

Hoffen wir, daß wieder die Zeit kommt, in welcher wir uns — allerdings in verschiedenem und freundschaftlichem Geiste — wieder über solche Fragen werden unterhalten können.

Was ich aber auch heute vorbringen muß, ist die Forderung der von mir vertretenen mittellosen Schichten, daß in gerechter Weise,

gerechter als bisher, die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der kleinen Leute des deutschen Volkes Berücksichtigung finden.

Ich muß auch heute hier die Forderung wiederholen, die Gemeinde Prag möge in gerechter Weise zu den Kosten der deutschen Kinderergärten beitragen. Der ordentliche Bedarf für Kindergärten und Krippen beträgt im vorliegenden Budget ebenso wie im Vorjahre fast 13 1/2 Millionen Ks. — Die deutschen Kindergärten in Prag werden von privaten Vereinen erhalten und tragen kümmerlich ihr Leben, obwohl eine Anzahl von proletarischen Kindern da ist, welche auf den Aufenthalt in den Kindergärten angewiesen sind. Man kann ruhig und ohne Reberzeugung sagen, daß die Gemeinde ihre Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Kindergartenwesen nicht erfüllt.

Ich muß hier die Forderung vortragen, daß z. B. auch bei der Zuteilung von billigen Wohnungen in den Gemeindehäusern auf die bedürftigen Kreise der deutschen Minderheit Rücksicht genommen wird.

Wir verlangen, daß die Leitung der elektrischen Unternehmungen den Schülern der deutschen Schulen entgegenkommt, insbesondere den deutschen Bürgerkältern bei Bewilligung von verbilligten Schülerkarten, denn die

deutschen Bürgerschüler müssen aus der ganzen Peripherie in die Stadt fahren.

Die Solidarität mit den Opfern des deutschen Faschismus legt mir die Verpflichtung auf, an die Stadtverwaltung zu appellieren, in jeder Richtung den Emigranten entgegenzukommen. Es wird einmal der größte Stolz der Tschechoslowakischen Republik und des tschechischen Volkes sein, daß sie in diesen unerfreulichen Zeiten den Opfern der Barbarei des Nachbarreiches Gastfreundschaft gewährt haben. Es ist dies ein Ruhmesblatt des tschechischen Volkes, daß es — eingedenk seiner eigenen ruhmreichen Vergangenheit und des Schicksales seiner besten Väter — den deutschen Emigranten geholfen hat. Ich spreche sicher im Namen unserer Freunde aus Deutschland, wenn ich dies hier öffentlich, von dieser Tribüne erkläre. Ich muß mein Bedauern darüber ausdrücken, daß sich gerade in den letzten Tagen ein Mitglied der Prager deutschen Minderheit gefunden hat, ein Universitätsprofessor und ein Priester der katholischen Kirche, Senator Hilgenreiner, welcher sein christliches Gefühl durch Schmähung der Emigranten betätigt hat, indem er sie auf dem Boden des Parlamentes als Verbrecher bezeichnete. Im Vergleiche mit diesem Vorgehen eines deutschen Professors tritt die Handlungsweise der tschechischen Öffentlichkeit und der verantwortlichen Funktionäre der Staatsverwaltung ethisch um so mehr hervor. Ich äußere hier den Wunsch, auch die Gemeinde Prag möge im Rahmen ihrer Kompetenz den Emigranten entgegenkommen.

Ich habe schon gesagt, daß wir deutschen Sozialdemokraten, obwohl wir die großen sozialen Werke der Gemeindeverwaltung anerkennen, viele und wesentliche Einwendungen sowohl gegen die allgemeine Linie, als auch gegen die einzelnen Zweige der Kommunalpolitik haben. Wir deutschen Sozialdemokraten haben aber volles Vertrauen zu den Vertretern der tschechischen Arbeiterschaft, welche an verantwortlichen Stellen der Gemeindeverwaltung tätig sind. Wir glauben fest, daß unsere tschechischen Genossen, mit welchen wir in einer Front stehen, mit welchen wir im Staate und in allen öffentlichen Korporationen zusammenarbeiten, ihren Einfluß dahin ausüben werden, daß Prag eine sozial verwalte, hygienisch gebaute, national gerechte Stadt wird und weil wir unseren tschechischen Freunden vertrauen, darum werde ich als Vertreter des deutschen Klassenbewußten Proletariats von Prag für das vorgelegte Budget stimmen.

Nach der Rede des Vertreters der tschechischen Gewerkschaft sprach als Vertreter der Deutschbürgerlichen Stadtrat Dr. Wiesmayer. Er erklärte, daß die Deutschbürgerlichen heute für das Budget stimmen werden.

In der Nachmittags Sitzung kamen Vertreter der Kommunisten und der Liga in Dauerreden zu Wort.

Der Verein zur Auspeisung hungernder Kinder

blüht heute auf eine vierzigjährige Tätigkeit zurück. Der Verein, welcher der deutschen Dampfstraße für Kindererziehung und Jugendfürsorge angeschlossen ist, hat den Zweck, die armen Kinder der deutschen Schulen Prags ohne Unterschied der Konfession und Nationalität mit Mitteln zu betreiben, um sie vor Hunger und Unterernährung zu bewahren. Im Schuljahre 1932 hat der Verein an 14.000 Mittageffen mit einem Aufwand von 25.000 Ks ausgegeben, im heurigen Schuljahre wird sich diese Zahl noch bedeutend erhöhen, da über hundert Kinder täglich Essen erhalten. Der Verein, dessen Vorst. sich in Prag I, Stoßepfa 2, befindet, wendet sich an die deutsche Öffentlichkeit Prags mit der Bitte um Unterstützung seiner Tätigkeit.

Protestversammlung der Poale Zion. Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, veranstaltete die Poale Zion im großen Saale des Beeth-Saales, Dostalova-Gasse, eine Protestversammlung gegen das Einstränken der jüdischen Einwanderung nach Palästina. Es wurden sprechen Tschernow, Dr. Herk, Abg. Brodecky, Reich.

Gerichtssaal

Arbeiter-„Karriere“.

„Höhere Dienste“ darf er verrichten — die gebührende Stellung wird ihm verweigert.

Prag, 11. Dezember. Man darf vielen vor dem Arbeitsgericht (Vorl. 33. Rača) verhandeln, ohne weiteres als typisch anzusehen. Derartige Klagen sind beim Arbeitsgericht in Massen anhängig. Wenn wir von Namensnennung absehen, so geschieht das nur deshalb, weil die gelagerte Firma sich zu einer gütlichen Einigung in letzter Minute entschlossen hat und im übrigen ihre finanzielle Situation in letzter Zeit als wirklich kritisch zu bezeichnen ist. Das ändert aber nichts an dem bei dieser Verhandlung in Frage stehenden Sachverhalt, der ja viel älteren Datums ist.

In einer heiligen Autokritik, die ein Arbeiter zuerst als gewöhnlicher Arbeiter beschäftigt, rückte aber dann infolge seiner Tätigkeit zum Parteiführer und später zum Werkmeister auf. Diese Vorladung wurde allerdings nicht offiziell ausgesprochen. Er verteilte die Arbeit, instruierte Arbeiter und Parteiführer, entwarf Pläne und Skizzen — lauter Arbeiten, die im Sinne des Handlungsbüchleins als „höhere Dienste“ anzusehen sind. Als aber die Zeit der Stagnation kam und der Dienstgeber sich zu einem Personalsabbau veranlaßt sah, waren alle diese Dienstleistungen vergessen und der Kläger erhielt nicht die nach dem

